

Hinweise zur Teilnahme

Die Veranstaltung steht allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zur Teilnahme offen. Die Teilnahme ist kostenfrei. Im Anschluss sind Sie herzlich zu einem kleinen Umtrunk eingeladen.

Für Ihre Anmeldung verwenden Sie bitte den beigefügten Vordruck oder senden eine E-Mail an:
veranstaltungen@villa-lessing.de
oder telefonisch unter: 06 81. 9 67 08 0

Mittelstandsclub e. V.
Ursulinenstraße 39
66111 Saarbrücken
eMail: info@mittelstandsclub.de
Internet: www.mittelstandsclub.de



Villa Lessing, so finden Sie uns:

Mit dem Auto: A 620, Ausfahrt Bismarckbrücke, Bismarckstraße, 6. Querstraße rechts, Lessingstraße 10, Parkmöglichkeit Bismarckstraße.

Mit der Bahn: Vom Hauptbahnhof Straßenbahn „Saarbahn“ in Richtung Brebach, Kleinblittersdorf und Saargemünd bis Haltestelle „Hellwigstraße“, gegen Fahrtrichtung Bahn gehen, 1. Querstraße links, Lessingstraße.

Hinweise zur Veranstaltung

Veranstaltungsleitung

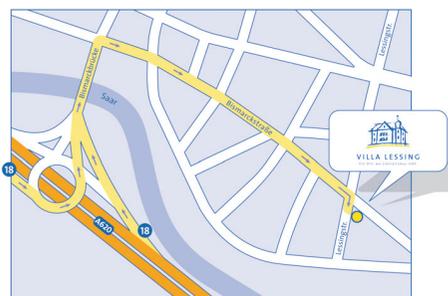
Hermann Simon
Geschäftsführer
Villa Lessing,
Liberale Stiftung Saar e. V.

Organisation

Daniela Frieg
Villa Lessing,
Liberale Stiftung Saar e. V.
Telefon 06 81.9 67 08-29
daniela.frieg@villa-lessing.de

Veranstaltungsort

Villa Lessing
Lessingstraße 10
66121 Saarbrücken
Telefon 06 81.9 67 08-0
Telefax 06 81.9 67 08-25
info@villa-lessing.de
www.villa-lessing.de



VILLA LESSING
Ein Ort, wo Liberalismus lebt.

„Wasser predigen, Wein trinken!“

Die wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Euro-Zone

Öffentliche Veranstaltung der Villa Lessing und des Mittelstandsclub e.V. mit:

Prof. Dr. Lars Feld

Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Direktor des Walter Eucken Instituts; Mitglied des Sachverständigenrates

Moderation

Peter Stefan Herbst

Chefredakteur Saarbrücker Zeitung



Montag, 9. Februar 2015
19.00 Uhr, Villa Lessing

Vortrag & Diskussion

Die harten Reformauflagen für die Euro-Krisenländer genießen in Deutschland eine große Popularität. Der umfassende Konsens in Politik, Medien und Öffentlichkeit lautet: „Es ist richtig, dass es Krisenhilfen aus dem Europäischen Rettungsschirm nur unter strengen Bedingungen geben darf“ – nicht zuletzt auf deutschen Druck. Für Griechenland, Spanien, Portugal oder auch Italien werden tiefgreifende Reformprogramme für die dortigen Arbeitsmärkte inklusive der Herabsetzung der Mindestlöhne, eine dauerhafte Verringerung der Staatsausgaben bei Umschichtung in Investitionen, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik oder auch Reformen der Rentensysteme mit Erhöhung des Renteneintrittsalters beschlossen.

Vergleicht man diese Härte der „GroKo“ nach außen mit der Politik im Inneren, dann ergeben sich erhebliche Widersprüche. Denn die Bundesregierung hat in der laufenden Legislaturperiode mit ihrer Wirtschaftspolitik einen Kurs eingeschlagen, der weit von den Forderungen an die europäischen Nachbarn entfernt ist. Er läuft vielmehr in die entgegengesetzte Richtung. Während die Troika in den Krisenländern versucht, die Liberalisierung von Arbeitsmärkten durchzusetzen und überhöhte Mindestlöhne abzusenken, erfolgt in Deutschland das Gegenteil – Einführung eines hohen gesetzlichen Mindestlohns gepaart mit der Aufgabe der Tarifautonomie.

Während in den Krisenstaaten künftige Rentner hohe Beiträge zur Sicherung der Rentenkassen erbringen müssen, werden in Deutschland mit „Mütterrente“ und „Rente mit 63“ neue Lasten für Beitragszahler und zukünftige Generationen beschlossen. Ein weiteres Prob-

lem der „GroKo“-Rentenpolitik ist, dass sie künftige Ausgaben stark in die Höhe schraubt, ohne heute konjunkturell belebend zu wirken. Und im Gegensatz zu zukunftsweisenden Investitionen leisten diese Mehrausgaben keinen Beitrag zu einem höheren Wachstumspotential. Eher das Gegenteil ist der Fall. Höhere Rentenbeiträge verringern Beschäftigung und damit Wohlstand und Wachstum.

Die Große Koalition setzt mit ihrer Politik die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Euro-Zone aufs Spiel. Aus Kreisen der Troika ist zu hören, dass sich die europäischen Kontrolleure immer häufiger mit der Frage konfrontiert sehen, warum etwa eine Erhöhung des Rentenalters oder eine Liberalisierung der Lohnfindung notwendig sein soll, wenn Deutschland in genau die andere Richtung marschiert.

Ist die neue Großzügigkeit in der Ausgabenpolitik zukunfts- und wachstumsorientiert oder gar akzeptabel? Hat die Bundesregierung eine ökonomische und gesellschaftlich tragfähige Rechtfertigung dafür, dass sie in der deutschen Wirtschaftspolitik das Gegenteil von dem betreibt, was sie vom Rest der Euro-Zone einfordert?

Nährt sich der wachsende Widerstand der Südeuropäer gegen die Auflagen des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch aus der deutschen Doppelzüngigkeit?

„Wasser predigen, Wein trinken!“ Unterhöhlt das Motto der „Groko“ in der europäischen Wirtschaftspolitik Vertrauen, Glaubwürdigkeit und damit auch die Durchsetzungsfähigkeit?

- 0 Ich komme mit _____ Personen.
- 0 Ich kann leider nicht teilnehmen.
- 0 Bitte senden Sie mir aber weitere Einladungen zu Veranstaltungen der Villa Lessing Liberale Stiftung Saar e.V. in Saarbrücken zu.

Name, Vorname

Anschrift

Telefon

E-Mail-Adresse

Wir bitten um Rückmeldung an:
Villa Lessing, Liberale Stiftung Saar e. V.
Lessingstraße 10
66121 Saarbrücken
Telefon: 06 81.9 67 08 – 0
Telefax: 06 81.9 67 08-25
eMail: veranstaltungen@villa-lessing.de
Internet: www.villa-lessing.de